




# Wachstum bleibt verhalten

**IW-Konjunkturprognose.** Ohne große Impulse aus der Weltwirtschaft fehlt den deutschen Exporten die Dynamik, sodass das reale Bruttoinlandsprodukt auch 2013 mit gut ½ Prozent nur schwach wächst. Im kommenden Jahr ist immerhin ein Plus von knapp 1½ Prozent drin – unter anderem, weil die Unternehmen wieder mehr investieren und der Arbeitsmarkt robust bleibt. 

In diesem Jahr konnte die deutsche Wirtschaft angesichts der globalen Rahmenbedingungen keine großen Sprünge machen. Die Rezession in vielen EU-Staaten, Strukturprobleme in wichtigen Schwellenländern wie China und Russland sowie die Unsicherheit über den Kurs der US-Notenbank haben die Auslands-

nachfrage geschwächt und Investoren abwarten lassen.

Auch wenn die Perspektiven inzwischen etwas besser sind – so haben mehrere Krisenländer im Euro-Raum wohl zumindest die Talsohle erreicht –, kann die Weltkonjunktur der deutschen Wirtschaft keinen starken Schub geben. Daher zeich-

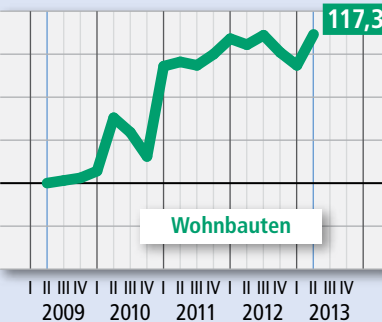
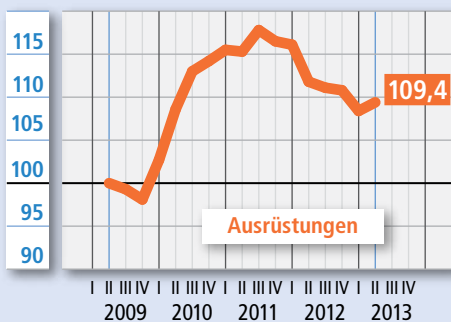
net das IW Köln folgendes Szenario (Tabelle Seite 2):

- **Außenhandel.** Hier kommen die wesentlichen Impulse für die deutsche Wirtschaft vorerst nur aus Ländern außerhalb des Euroraums. Zudem machen die Euro-Aufwertung der vergangenen Monate sowie die gestiegenen Lohnstückkosten und Energiepreise in Deutschland den Exporteuren zu schaffen.

**Die realen Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen werden 2013 kaum wachsen – 2014 ist allenfalls ein Plus von 3½ Prozent drin. →**

## Investitionen: Trendwende deutet sich an

Preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigte Bruttoanlageinvestitionen, 2. Quartal 2009 = 100



Ausrüstungen: u. a. Maschinen und Produktionsanlagen; Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

 Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iwkd 41

## Inhalt

**Arbeitskosten.** Die beiden Krisenländer Portugal und Griechenland haben ihre Arbeitskosten deutlich gesenkt.  
Seite 3

**Bevölkerungsentwicklung.** Die schrumpfenden Einwohnerzahlen vor allem in den ländlichen Regionen stellen viele Gemeinden vor große Herausforderungen.  
Seite 4-5

**Bildung.** Ein Podiumsgespräch zu Bildungsbegriffen zwischen dem Hirnforscher Gerald Hüther und dem IW-Direktor Michael Hüther.  
Seite 6

**Schulen.** Nach wie vor haben die Schulleiter in den meisten Bundesländern kaum Handlungsspielräume.  
Seite 7

**Kinowirtschaft.** Der Erfolg einer französischen Komödie trug wesentlich zum Rekordumsatz des Jahres 2012 bei.  
Seite 8

 Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

Präsident:  
Arndt Günter Kirchoff  
Direktor:  
Professor Dr. Michael Hüther  
Mitglieder:  
Verbände und Unternehmen  
in Deutschland

→ Da sich die Importe ähnlich entwickeln, kann der Außenhandel die Konjunktur in nächster Zeit kaum ankurbeln.

• **Investitionen.** Das etwa seit Mitte 2011 deutlich abgekühlte Wirtschaftsklima in Deutschland machte sich vor allem bei der Investitionstätigkeit bemerkbar. Die von der Euro-Schuldenkrise verunsicherten Unternehmen scheuten davor zurück, mehr Geld in neue Maschinen, Anlagen und Fahrzeuge zu stecken. Die Folge (Grafik Seite 1):

**Vom dritten Quartal 2011 bis zum ersten Quartal 2013 gingen diese Ausrüstungsinvestitionen preisbereinigt um rund 8 Prozent zurück.**

Inzwischen allerdings deutet hier vieles auf eine Trendwende hin – so sind die Kapazitäten in der Industrie wieder besser ausgelastet und die

Finanzierungskosten für die Firmen weiterhin niedrig.

**Zwar werden die realen Ausrüstungsinvestitionen 2013 nochmals um 2 ½ Prozent sinken, im Jahr 2014 aber wieder um 3 ½ Prozent wachsen.**

Voraussetzung dafür ist jedoch, dass die künftige Bundesregierung verlässliche Rahmenbedingungen schafft und vor allem die Finger von Steuererhöhungen lässt.

Bei den Bauinvestitionen geht das IW Köln in diesem Jahr von einem geringfügigen realen Minus aus, im kommenden Jahr ist ein Anstieg um 2 ½ Prozent zu erwarten. Treibende Kräfte sind vor allem der private Wohnungsbau, der weiterhin von günstigen Finanzierungskonditionen profitiert, und der gewerbliche Bau, der vom verbesserten Investitionsklima gestützt wird.

• **Arbeitsmarkt.** Das zuletzt recht maue Wirtschaftswachstum hat der Beschäftigungsentwicklung kaum etwas anhaben können. Vor allem Frauen und ältere Menschen stehen immer häufiger im Beruf; zudem profitiert der Arbeitsmarkt von einer steigenden Zuwandererzahl.

**Im Durchschnitt des Jahres 2013 wird die Zahl der Erwerbstätigen den Vorjahreswert nochmals um rund 200.000 oder ½ Prozent übersteigen. Der positive Trend hält 2014 an, auch aufgrund der leicht anziehenden Konjunktur.**

Allerdings sieht es bei der Arbeitslosigkeit nicht ganz so gut aus – 2013 sind im Jahresdurchschnitt voraussichtlich 30.000 Menschen mehr ohne Job als 2012. Dennoch ist die Zahl der Erwerbslosen mit 2,93 Millionen die zweitniedrigste seit 1991. Im kommenden Jahr könnte sich die Lage zudem wieder geringfügig verbessern und die Arbeitslosenquote von 6 ¾ auf 6 ½ Prozent sinken.

• **Privater Konsum.** Die recht günstige Arbeitsmarktentwicklung stützt die Stimmung der Verbraucher ebenso wie die voraussichtlich leicht steigenden Vermögenseinkommen – zum Beispiel durch höhere Ausschüttungen von Aktienfonds. Sofern Sozialbeiträge und Steuern nicht angehoben werden, sollte das zusammen mit der moderaten Teuerung 2014 ein Wachstum des realen privaten Konsums von knapp 1 Prozent ermöglichen – nach ½ Prozent in diesem Jahr.

## IW-Prognose für 2013 und 2014

Deutschland, Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent

	2012	2013	2014
<b>Entstehung des realen Bruttoinlandsprodukts</b>			
Erwerbstätige	1,1	1/2	1/2
Arbeitslosenquote	6,8	6 ¾	6 ½
Arbeitsvolumen	0,2	1/2	1/2
Produktivität	0,5	0	1
Bruttoinlandsprodukt	0,7	1/2	1 ½
<b>Verwendung des realen Bruttoinlandsprodukts</b>			
Private Konsumausgaben	0,8	1/2	1
Konsumausgaben des Staates	1,0	1	1
Anlageinvestitionen	-2,1	-1 ½	2 ½
– Ausrüstungen	-4,0	-2 ½	3 ½
– Sonstige Anlagen	3,4	2 ½	3
– Bauten	-1,4	-1/2	2 ½
Inlandsnachfrage	-0,3	¾	1 ¼
Export	3,2	1/2	3 ½
Import	1,4	1/2	3 ½
<b>Preisentwicklung</b>			
Verbraucherpreise	2,0	1 ¾	2
<b>Staatshaushalt</b>			
Finanzierungssaldo	0,1	-1/2	1/2

Stand: Oktober 2013; Arbeitslosenquote: registrierte Arbeitslose in Prozent der Erwerbspersonen; Produktivität: reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde; Finanzierungssaldo: in Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts; Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen Wirtschaft Köln




aus IW-Trends  
3/2013

IW-Forschungsgruppe  
Konjunktur: Auftrieb mit wenig Rückenwind – IW-Konjunkturprognose Herbst 2013

[www.iwkoeln.de/trends](http://www.iwkoeln.de/trends)

# Krisenländer üben Disziplin

**Arbeitskosten.** Die beiden Krisenländer Portugal und Griechenland übten sich im Jahr 2012 in lohnpolitischer Bescheidenheit und senkten ihre Arbeitskosten deutlich. In der deutschen Industrie dagegen hat sich eine Arbeitsstunde stärker verteuert als bei der Konkurrenz. 

In Griechenland liegt die Wirtschaft am Boden, die Reformen kommen kaum voran, der Steuerhinterziehung ist noch immer kein Riegel vorgeschoben worden, die Bürokratie und der Verwaltungsapparat sind weiter aufgebläht und das Rentensystem ist nicht zukunftsfähig.

Wer aber nur auf die To-do-Liste schaut, übersieht, dass sich in Griechenland auch etwas bewegt hat. Das betrifft nicht zuletzt die Arbeitskosten, also die Löhne und Personalzusatzkosten. Hier hat sich Griechenland quasi vom Saulus zum Paulus gewandelt:

- **In den 1990er Jahren** stiegen die Arbeitskosten im griechischen Verarbeitenden Gewerbe noch um fast 10 Prozent pro Jahr – das war die mit

Abstand stärkste Dynamik unter allen betrachteten Industrieländern.

- **Von 2000 bis 2005** wuchsen die industriellen Arbeitskosten mit durchschnittlich 6 Prozent zwar schon wesentlich langsamer, aber noch immer schneller als bei der westeuropäischen Konkurrenz.

- **In jüngster Zeit** sind die Löhne und Personalzusatzkosten deutlich gesunken – 2011 um 5 und 2012 um 7 Prozent. Damit belegt Griechenland im Arbeitskostenranking nur noch einen mittleren Platz (Grafik).

Portugal ist ebenfalls auf die Kostenbremse getreten. Dort sanken die Arbeitskosten allein im Jahr 2012 um 4 Prozent.

Westdeutschland dagegen, dem immer der Vorwurf gemacht wird, es würde Lohndumping betreiben, verzeichnete in den vergangenen beiden Jahren mit jeweils 3,5 Prozent ein merklich größeres Arbeitskosten-Plus als die Konkurrenz. Die Folge:

**Das westdeutsche Verarbeitende Gewerbe hatte 2012 im Schnitt um ein Viertel höhere Arbeitskosten als die größten Wettbewerber.**

Oder anders gerechnet: Im internationalen Kostenvergleich belegt die westdeutsche Industrie den fünften Platz. Von den großen Volkswirtschaften erreicht lediglich Frankreich annähernd deutsches Niveau, während in Japan, den USA und dem Vereinigten Königreich die Arbeitskosten um ein Fünftel bis zu einem Drittel niedriger sind als in Deutschland.

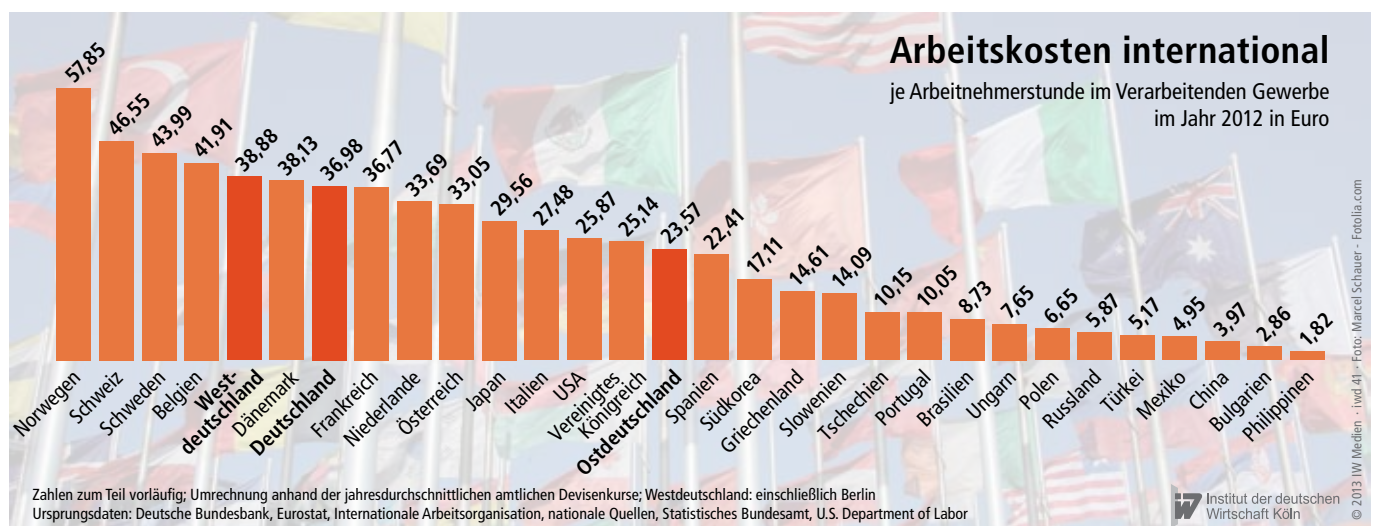
Die ersten Zahlen für 2013 lassen vermuten, dass sich Deutschlands Kostenposition weiter verschlechtert. So erhöhten sich im ersten Halbjahr 2013 die Arbeitskosten in ganz Deutschland gegenüber dem ersten Halbjahr 2012 um 3,3 Prozent und damit viel stärker als in der EU insgesamt sowie im Euroraum mit einem Plus von je 2,5 Prozent.



**aus IW-Trends**  
**3/2013**

Christoph Schröder:  
Industrielle Arbeitskosten  
im internationalen Vergleich

[www.iwkoeln.de/trends](http://www.iwkoeln.de/trends)



# Die Landflucht stoppen

**Bevölkerungsentwicklung.** Insbesondere in den ländlichen Regionen Deutschlands wird sich der Bevölkerungsschwund in den kommenden Jahren beschleunigen. Das stellt viele Gemeinden vor große Herausforderungen.

Hat das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung recht, verändert sich Deutschland in den nächsten Jahren radikal: Viele ohnehin schon dünn besiedelte Landstriche verlieren demnach einen gehörigen Teil ihrer Einwohner – der Landkreis Oberspreewald-Lausitz etwa bis 2030 bis zu 29 Prozent. Anderen Regionen sagt das Institut dagegen einen Bevölkerungszuwachs voraus. So sollen im Landkreis München 2030 rund 18 Prozent mehr Menschen leben als heute.

Bevölkerungsprognosen sind jedoch keine sichere Bank. Selbst für kurze Zeiträume sind die Vorhersagen selten präzise (Grafik Seite 5):

**Allein im Zeitraum 2008 bis 2011 wuchs die Bevölkerungsentwicklung in 262 von 402 deutschen Landkreisen um mehr als plus/minus 0,5 Prozent von der Prognose ab.**

Vor allem viele Städte haben sich besser entwickelt als vorausberechnet. Für Münster zum Beispiel gin-

gen die Forscher davon aus, dass die Bevölkerung konstant bleibt – tatsächlich wuchs die Einwohnerzahl zuletzt aber um propere 6,5 Prozent. Ländliche Gebiete dagegen haben sich insgesamt schlechter entwickelt als prognostiziert und Einwohner verloren (Grafik).

Wenn die Bevölkerung schrumpft, hat dies für eine Gemeinde Folgen. Zum einen muss sie eine Infrastruktur aufrechterhalten, die für mehr Menschen ausgelegt war; zum anderen reduzieren sich die Finanzzuweisungen aus Landesmitteln.

Doch Städte und Landkreise können dem demografischen Wandel durchaus etwas entgegensetzen:

- **Mit einer leistungsfähigen Infrastruktur** können sich Gemeinden Wettbewerbsvorteile verschaffen. In ländlichen Räumen zählt dazu vor allem eine flächendeckende Breitbandversorgung. Generell wichtig sind auch eine funktionierende Betreuung- und Gesundheitsinfra-

struktur sowie ein leistungsfähiges Verkehrssystem. Gelungen ist all dies offenbar in Rostock, wo in den vergangenen Jahren viele junge und ältere Menschen hinzogen.

- **Auch wirtschaftliche Aktivität** zahlt sich für die Städte und Landkreise aus. Mannheim etwa ermutigt Menschen zur Selbstständigkeit – und ist so zu einem regelrechten Gründerzentrum avanciert. Magdeburg hat erfolgreich an seine historische Spezialisierung im Maschinenbau angeknüpft und sich als Standort für den Bau von Windkraftanlagen einen Namen gemacht.

- **Eine kompetente und unbürokratische Verwaltung** kann ebenfalls zu einer hohen Standortzufriedenheit beitragen und damit die Wanderungs- und Investitionsentscheidungen maßgeblich beeinflussen.

- **Bürgerschaftliches Engagement** stärkt ebenfalls den Bezug der Menschen zum Wohnort und kann soziale Folgekosten oder Fachkräftengpässe lindern. In Erlangen etwa konnten mithilfe von Bildungs- und Familienpaten sowie Lernstuben Integrationserfolge erzielt werden.

## Richtigstellung

Bei der Darstellung des Wahlprogramms der Partei DIE LINKE im iwD Nr. 35 vom 29. August 2013 hat sich leider der Fehler teufel eingeschlichen. Anders als in der grafischen Übersicht angegeben, fordert DIE LINKE kein „bedingungsloses Grundeinkommen“, sondern möchte zunächst die Hartz-IV-Regelsätze auf 500 Euro im Monat anheben. Gleichzeitig soll eine Enquetekommission des Deutschen Bundestages das Thema Grundeinkommen klären. In Sachen Rente fordert DIE LINKE zudem keine Bürger-, sondern eine Erwerbstätigenversicherung, in der alle Erwerbseinkommen der Beitragspflicht unterliegen.

## Städte wachsen

Bevölkerung nach Regionen

	2008	2011
Ballungsräume	23.310.163	23.606.749
Städte mit ländlichem Umfeld	3.600.358	3.615.088
Dicht besiedelter ländlicher Raum	14.999.468	14.981.984
Relativ gering besiedelter ländlicher Raum	23.245.182	23.064.941
Sehr gering besiedelter ländlicher Raum	16.847.185	16.574.981

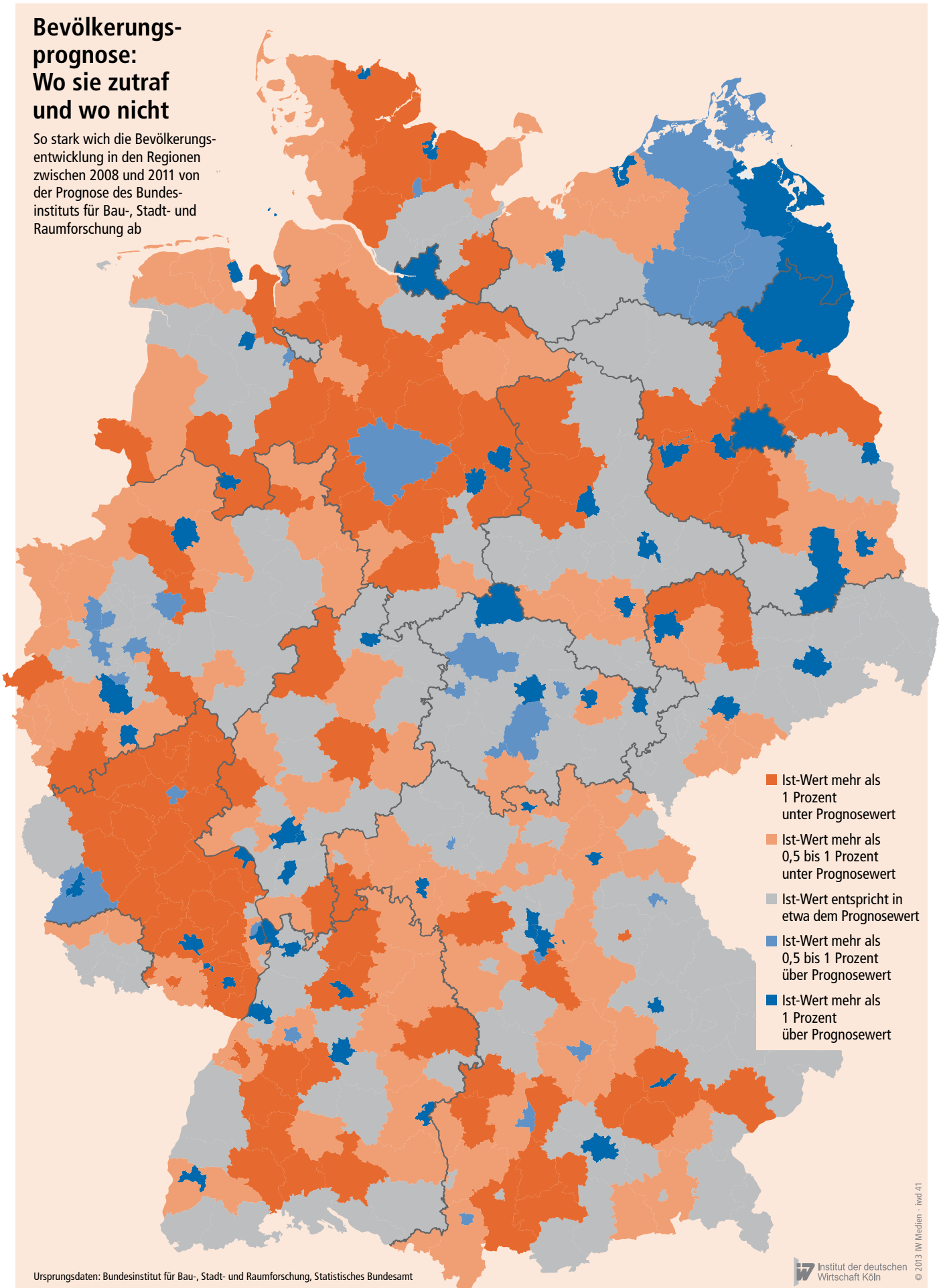
Quellen: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Statistisches Bundesamt

iw Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 iw Medien - iwD 41

## Bevölkerungs- prognose: Wo sie zutraf und wo nicht

So stark wich die Bevölkerungsentwicklung in den Regionen zwischen 2008 und 2011 von der Prognose des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung ab



# „Das Hirn läuft am liebsten im Energiesparmodus“

**Bildung.** Auf der Festveranstaltung zum 60-jährigen Jubiläum des Netzwerks *SCHULEWIRTSCHAFT* trafen sich Ende September der Göttinger Hirnforscher Gerald Hüther und der Ökonom Michael Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, zu einem Podiumsgespräch. Sie diskutierten verschiedene Bildungsbegriffe aus Sicht ihrer jeweiligen Wissenschaftsdisziplin. Hüther und Hüther über ...



**Prof. Michael Hüther** (links) ist Ökonom und Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln.

**Prof. Gerald Hüther** (rechts) ist Hirnforscher an der Psychiatrischen Klinik der Universität Göttingen, Bildungsexperte und Autor zahlreicher populärwissenschaftlicher Bücher.

## ... das Lernen

**Der Hirnforscher:** Beim Lernen laufen im Hirn sogenannte Bahnungsprozesse ab. Dabei werden Verbindungen zwischen Nervenzellen gangbarer gemacht. Am Ende hat man etwas gelernt, aber man hat auch ein anderes Gehirn.

**Der Ökonom:** Auch Unternehmen überleben nur, wenn sie sich ständig neu erfinden. Der Wettbewerb ist ein ständiger Entdeckungsprozess, der Lernen ermöglicht und anregt.

**Der Hirnforscher:** Eine Institution lernt nur dann, wenn es ihr ans Wasser geht. Und ein Mensch lernt nur dann, wenn es ihm unter die Haut geht. Deswegen können Menschen keine Telefonbücher auswendig lernen.

## ... Erfahrungen

**Der Hirnforscher:** Das Hirn versucht ständig, im Energiesparmodus zu laufen. Deshalb lassen wir uns nur ungern auf etwas Neues ein und versuchen lieber, in diesen alten, eingefahrenen Automatismen zu bleiben.

**Der Ökonom:** Unternehmen mit einer über 200-jährigen Geschichte, wie wir sie in Deutschland kennen, gibt es nur, weil sie Erfahrung in sich tragen, bestimmte Qualitätsansprüche erfüllen und zugleich innovativ sind. Erfahrung ist Ausdruck eines lernenden Systems.

## ... die innere Haltung

**Der Hirnforscher:** Das Verhalten von Menschen wird von der inneren Haltung gesteuert. Haltungen sind kein Charakterzug – man erwirbt sie durch Erfahrungen im Laufe seines Lebens. Entweder ist etwas ganz toll oder ganz schlecht gelaufen. Wenn man solche Erfahrungen immer wieder macht, zum Beispiel in der Schule oder als Mitarbeiter in einer Firma, werden sie zu Haltungen verdichtet.

**Der Ökonom:** Wenn einem in der Schule gesagt wird, man sei unmusikalisch, glaubt man irgendwann selbst daran. Man kann das aber ändern, wenn man seine innere Einstellung dazu verändert. Wenn in Unternehmen Veränderungsprozesse anstehen, kommen diese allerdings

mit Schnickschnack wie Trainings im Hochseilgarten nicht voran. Um die Haltung zu ändern, müssen sie vielmehr an frühere emotional prägende Erfahrungen der Mitarbeiter anknüpfen.

**Der Hirnforscher:** Sie können auf die Leute eingehen, so viel sie wollen, es wird nichts ändern. Man muss das kognitive und das emotionale Netzwerk im Hirn gleichzeitig ansprechen. Und das schafft man nur, wenn man den Menschen eine neue, bessere Erfahrung ermöglicht. Deswegen reden wir so viel über Führungskultur.

## ... soziale Kompetenz

**Der Hirnforscher:** Hart formuliert, gibt es den einzelnen Menschen und das einzelne Hirn gar nicht. Wenn man alles abzieht, was man von anderen Leuten gelernt hat, könnten wir noch nicht mal sprechen oder auf zwei Beinen laufen. Wir sind in viel höherem Maße soziale Wesen, als wir uns das zugestehen.

**Der Ökonom:** Die verengte ökonomische Theorie geht von einer Eigennutz-motivation aus. Hinter sozialer Kompetenz verbirgt sich heute der erweiterte Verantwortungsbegriff, neben der Selbstverantwortung auch die Mitverantwortung für den öffentlichen Raum zu sehen.


Ein Video des Gesprächs finden Sie unter: [www.iwkoeln.de](http://www.iwkoeln.de)

## SCHULEWIRTSCHAFT

Das bundesweite Netzwerk *SCHULEWIRTSCHAFT* engagiert sich seit 1953 in 15 Landesarbeitsgemeinschaften, rund 430 regionalen Arbeitskreisen und mit mehr als 22.000 ehrenamtlichen Akteuren für den Austausch zwischen Schulen und Unternehmen.

Mehr unter: [www.schulewirtschaft.de](http://www.schulewirtschaft.de)

# Kompetenzen fehlen oft

**Schulen.** In den vergangenen Jahren hat die Politik immer wieder die Absicht bekundet, den Schulen vor Ort mehr Verantwortung zu übertragen. Geschehen ist bislang aber wenig. Nach wie vor haben die Schulleiter in den meisten Bundesländern kaum Handlungsspielräume. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW). 

Treffen sich zwei Schulleiter auf der Festveranstaltung zum 60-jährigen Bestehen der Arbeitsgemeinschaft *SCHULEWIRTSCHAFT* in Berlin (vgl. Seite 6). Sagt der eine: „Ich darf Lehrkräfte selbstständig einstellen.“ Der andere: „Ich nicht.“

Dass dieser Dialog charakteristisch ist für die unterschiedlichen Kompetenzen der Schulleiter an allgemeinbildenden Schulen in den einzelnen Bundesländern, bestätigt eine Befragung aller deutschen Kultus- und Schulministerien durch das IW Köln:

**Budgetverantwortung.** Alle Länderministerien geben ihren Schulen das Budget für Lehrer vor. Immerhin verfügen die Schulleiter in sieben Ländern über eigene Mittel, um Lehrer für Vertretungen oder befristet einzustellen (Tableau). Diese Mittel machen aber etwa in Hessen nur 1,5 Prozent und in Hamburg bis zu 5 Prozent des gesamten Personalbudgets einer Schule aus.

**Personalrekrutierung.** Zurzeit beschränkt sich die Mitwirkung des Schulleiters bei der Einstellung von Lehrern in elf Ländern auf ein Vorschlagsrecht. In Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen,

## Schulleiter: Begrenzte Spielräume

Schulleitungen haben ...	... Budgets zur Einstellung von Lehrkräften	... Budgets zur Einstellung von pädagogisch unterstützendem Personal	... Verfügungsgewalt über Sachmittel	... Vorschlagsrecht für Sachmittelbudgets
■ Ja ■ Nein				
Baden-Württemberg	✗	✓	✓	✓
Bayern	✗	✗	✓	✓
Berlin	✓	✗	✓	✓
Brandenburg	✓	✓	✓	✓
Bremen	✓	✗	✓	✓
Hamburg	✓	✓	✓	✗
Hessen	✓	✓	✓	✓
Mecklenburg-Vorpommern	✗	✗	✓	✓
Niedersachsen	✗	✓	✓	✓
Nordrhein-Westfalen	✗	✗	✓	✓
Rheinland-Pfalz	✓	✗	✓	✓
Saarland	✗	✓	✓	✓
Sachsen	✗	✗	✓	✗
Sachsen-Anhalt	✗	✗	✓	✓
Schleswig-Holstein	✗	✗	✓	✓
Thüringen	✓	✗	✓	✓

Sachsen-Anhalt: Vorschlagsrecht bezieht sich auf die Verwendung der Mittel, über die die Gesamtkonferenz entscheidet; Stand: Jahreswende 2012/2013; Quelle: IW Köln

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iw-d 41

Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein können die Schulleiter während des Besetzungsverfahrens eigenständig entscheiden, ob sie den Bewerber einstellen oder nicht. In Baden-Württemberg wurden zuletzt Lehrkräfte den Schulen zentral zugewiesen.

**Zielvereinbarungen.** In 14 Ländern können die Schulleiter ihren Lehrkräften Ziele vorgeben. Am weitesten ist Bayern – dort werden schätzungsweise 80 bis 90 Prozent der Lehrer über sogenannte Zielvereinbarungen geführt. Allerdings fehlt diesem Instrument fast überall noch der richtige Biss: Anders als in der Privatwirtschaft können gute Leistungen nicht extra honoriert und schlechte nicht sanktioniert werden.

**Sachausgaben.** Hier haben die Schulen die größten Freiräume. In allen Ländern können die Schulleiter über die Ausgaben für Lehrmittel wie Beamer und Bücher entscheiden. Dafür wird ihnen vom Schulträger ein Budget zugewiesen. Das Volumen ist abhängig von der Schulgröße und der kommunalen Kassenlage. Zumeist wird den Schulleitern ein Vorschlagsrecht eingeräumt.



### IW-Studien

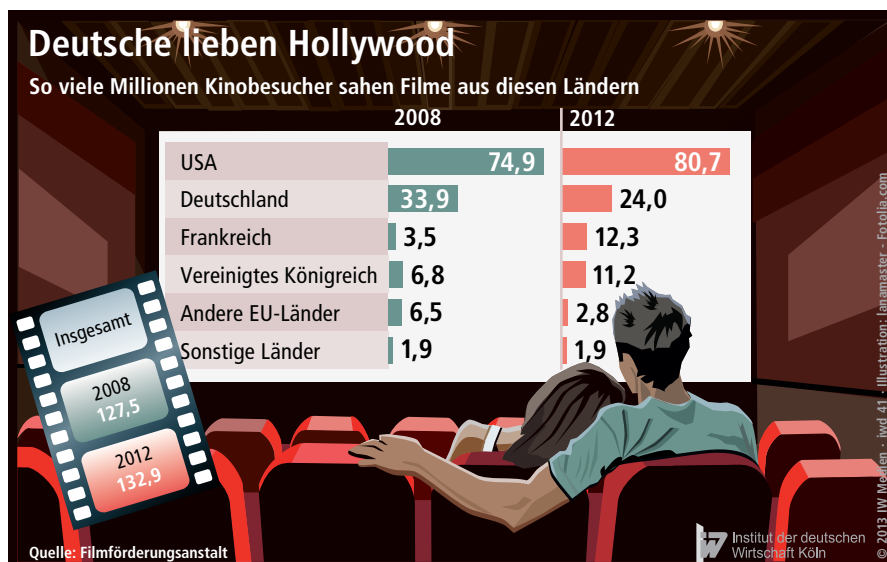
Helmut E. Klein: Schulleiter brauchen mehr Eigenverantwortung und Entscheidungskompetenzen – Bestandsaufnahme von Aufgaben und Kompetenzprofilen von Schulleitungen in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland, Köln 2013  
[www.iwkoeln.de/schulleiter](http://www.iwkoeln.de/schulleiter)

# Ziemlich beste Zahlen

**Kinowirtschaft.** Es muss nicht immer ein Actionfilm aus Hollywood sein, der die Massen anzieht. Eine französische Komödie hatte 2012 den größten Erfolg in den deutschen Kinos – und trug ihren Teil zum Rekordumsatz bei.

„Ziemlich beste Freunde“ erzählt die Geschichte des gelähmten Philippe und des dunkelhäutigen Pflegehelfers Driss, dem es mit seiner unkonventionellen Art gelingt, Philippe neuen Lebensmut zu geben. Allein 8,9 Millionen Menschen haben den auf einer wahren Begebenheit basierenden Film im Jahr 2012 in deutschen Kinos gesehen – damit ließ der französische Streifen die großen Blockbuster aus den USA wie „Der Hobbit“ oder „Breaking Dawn“ hinter sich. Eine deutsche Produktion findet sich in den Top 20 der meistbesuchten Kinofilme erst auf Platz 10: „Türkisch für Anfänger“ sahen knapp 2,4 Millionen Menschen.

## Adressaufkleber



Trotz der Konkurrenz durch Internet und Fernsehen geht es den deutschen Kinos sehr gut (Kasten):

**Der Umsatz stieg 2012 zum ersten Mal auf mehr als 1 Milliarde Euro.**

Das größere und abwechslungsreichere Filmangebot lockte mehr Menschen vor die Leinwände, begründet die Spitzenorganisation der Filmwirtschaft das Ergebnis. So feierten im vergangenen Jahr über 450 Spiel- und gut 130 Dokumentarfilme in deutschen Kinos Premiere.

Dabei sind die Kinos längst nicht mehr das, was sie noch vor zehn Jahren waren. Sie mussten sich anpassen, um konkurrenzfähig zu bleiben. Heute gibt es zwar deutlich weniger Kinos – die Zahl sank innerhalb eines Jahrzehnts um knapp 10 Prozent auf gut 1.650. Gleichzeitig sind die Kinos aber technisch besser ausgestattet: Rund 65 Prozent der über 4.600 Leinwände sind digital, die meisten auch mit 3-D-Effekt.

## Faktencheck Kino 2012

**Ticketverkauf.** Knapp 30 Millionen Menschen gingen im vergangenen Jahr im Schnitt 4,4 Mal ins Kino. Insgesamt 133 Millionen Kinokarten wurden verkauft (Grafik). Das waren 4,2 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Dabei waren die Tickets mit 7,65 Euro durchschnittlich 3 Prozent teurer als noch 2011.

**Umsatz.** Die Bruttoeinnahmen der Filmtheater stiegen um 8 Prozent auf über 1 Milliarde Euro. Die Filmverleiher konnten ihr Ergebnis um 9 Prozent auf 430 Millionen Euro steigern.

**Filme.** Die meisten Filme kommen aus den USA (knapp 63 Prozent). Der Anteil deutscher Filme am Verleihumsatz liegt bei gut 16 Prozent.

**Werbung.** Der Umsatz stieg im dritten Jahr in Folge. Er erreichte 2012 gut 88 Millionen Euro gegenüber knapp 85 Millionen Euro im Vorjahr. Im Vergleich zum Jahr 2003 (160,7 Millionen Euro) hat sich der Werbeumsatz aber praktisch halbiert.

## Impressum

**Herausgeber:**  
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

**Chefredakteur:** Axel Rhein

**Stellv. Chefredakteur:** Klaus Schäfer (verantwortlich)

**Redaktion:** Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber

**Redaktionsassistent:** Ines Pelzer

**Grafik:** Michael Kaspers, Ralf Sassen

**Telefon:** 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504  
**E-Mail:** iw@iwkoeln.de

**Bezugspreis:** € 8,67/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich

**Abo-Service:** Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

**Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln  
**Telefon:** 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

**Druck:** Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de  
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

**iW.KÖLN. WISSEN**  
SCHAFFT KOMPETENZ.